



Zu schön, um wahr zu sein

Feministische Außenpolitik zwischen Staatsfeminismus und globaler Emanzipation – von Torsten Bewernitz*

In: *express* 2/2023

Im Jahr 2002, kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem beginnenden »War against Terror« also, entbrannte in einem Münsteraner Politikwissenschafts-Seminar ein Streit zwischen linken Antimilitarist:innen und Soldat:innen bzw. Angehörigen von diesen. Der Streitpunkt war die Frage, ob militärische Mittel sinnvoll und adäquat wären, um in Afghanistan Menschen- und insbesondere Frauenrechte durchzusetzen. Den eskalierenden Streit beendete die Dozentin mit der Frage, ob denn tatsächlich eine:r der Anwesenden glaube, dass die USA – oder sonst ein Staat – aufgrund der Motivlage »Frauenrechte« militärisch intervenieren würde. Das glaubte nun keine der beiden Seiten.

20 Jahre später stellt sich diese Frage offensichtlich ganz anders: »Feministische Außenpolitik« – oder, geläufiger, »Feminist Foreign Policy« (im Folgenden: FFP) ist die erklärte Agenda des aktuellen Koalitionsvertrags der Ampel-Koalition – übrigens das einzige Mal, dass der Begriff »Feminismus« im Koalitionsvertrag vorkommt. Das von Annalena Baerbock geführte Auswärtige Amt hat für das erste Quartal 2023 – also das aktuelle Quartal – eine entsprechende Ausformulierung eines Konzepts für eine FFP angekündigt.

Diese Ankündigung ist wohl der Hintergrund, vor dem sich die Papiere aus ThinkTanks, Politberatungs-Büros und von NGOs zu dem Thema seit Mitte 2022 häufen. Ganz offensichtlich soll Einfluss genommen werden auf die Ausrichtung einer FFP.

Sehr deutlich wird dies etwa im *Policy Brief* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Nr. 24, August 2022), in dem die Bundesregierung flugs einem »pragmatischen Lager« (ebd., S. 6) zugeordnet wird. Zugespitzt lässt sich das erklären als Einsicht eines konservativen Lagers, dass eine FFP nicht zu vermeiden ist, diese dann aber doch möglichst am klassischen Realismus der Außenpolitik orientiert sein soll. Das deutsche Konzept soll sich eher an den »reformistischen« und »nicht-radikalen« Konzeptionen Schwedens oder Kanadas orientieren und nicht an den »disruptiven Versprechen« der Konzeptionen Spaniens oder Mexikos (*SWP aktuell* 50, August 2022, S. 7).

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik formuliert deutlich, dass das von ihr diagnostizierte »normativ-aktivistische FFP-Lager« ein Hemmschuh für eine »realistische« Außenpolitik ist. Es geht darum, der FFP die radikale, d.h. z.B. auch antikapitalistische, Spitze zu nehmen, um sie letztlich mit dem »Realismus« auszusöhnen. Sehr deutlich wird dies in folgender, ziemlich entlarvender, Formulierung: »Die Verknüpfung von FFP und NSS [Nationaler Sicherheits-Strategie] könnte zu einer Polarisierung oder Fragmentierung führen, wenn ungewollt der eigentliche Kern der deutschen Sicherheit auf Kosten von Randthemen [sic! – TB] gestärkt wird und ein Rückfall in veraltete Denkmodi erfolgt.« (DGAP *Policy Brief*, Nr. 24, S. 8). In der Version der DGAP ist FFP definitiv nur noch eine Extremform des »embedded feminism« (Bewernitz/Nachtigall 2011). Diesbezüglich empfiehlt die DGAP dezidiert eine Nutzung der »Symbolwirkung« der FFP, damit »Deutschland ein kohärenter, glaubwürdiger und verlässlicher Partner werden« kann (DGAP *Policy Brief* Nr. 24, S. 9) – exakt das,

was die Internationale Frauenliga am Beispiel Schweden als »feministischer Imperialismus« kritisiert hat. Die DGAP möchte die FFP als »Fortsetzung der wertebasierten/normativen Außenpolitik« sehen.

Kurze Genese der Feministischen Außenpolitik

Im Oktober 2014 verkündete die damals neue sozialdemokratische Außenministerin Margot Wallström erstmals eine FFP (kurz nach der russischen Annexion der Krim!). Die schwedische Regierung bezeichnete sich selber – und war damit der erste Staat, der dies tat – als feministisch. Das schwedische Beispiel aufnehmend folgten Kanada (2017), Frankreich (2018), Luxemburg (2019), Mexiko (2020), Spanien (2021) und Libyen (2021). Jüngst sind die Niederlande, Kolumbien, Chile, Liberia und Schottland (alle 2022/23) hinzugekommen. Sowohl in der EU als auch in den USA stellen Parlamentsfraktionen die Forderung nach einer FFP. In der EU ist die Konzeption verbunden mit der »Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter der EU-Kommission« (2016 bis 2019) und dem folgenden »Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rolle der Frau im auswärtigen Handeln 2021 – 2025« (Gender-Aktionsplan III) von 2020. Im Juli 2021 gründete sich unter Beteiligung der Staaten, die sich einer FFP verschrieben haben, und zwölf NGOs das »Global Partner Network for Feminist Foreign Policy«.

Im Jahr 2018 veröffentlichte das schwedische Außenministerium ein »Handbuch Feministische Außenpolitik«. Wie feministisch diese wirklich ist, war und ist umstritten. Claudia Zilla kritisiert das schwedische Modell als einerseits stark institutionalisiert und andererseits »eng, binär und cisgenderzentriert« (*SWP aktuell* 50, S. 6). Beispielfhaft kritisiert die Autorin, dass »schwedische Waffen weiterhin auch an repressive Regime geliefert [werden], die Menschen- und Frauenrechte massiv verletzen. So werden sie nach Saudi-Arabien verkauft und im Jemen eingesetzt« (ebd., S. 7). In der Tat allerdings hatte Schweden 2015 einen Militärdeal mit Saudi-Arabien außer Kraft gesetzt, woraufhin Saudi-Arabien seinen Botschafter aus Stockholm abzog. Der Spiegel schrieb von einem »ungewöhnlich scharfen Streit« (11. März 2015). »Unter schwedischer Führung verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt als einen der Gründe für Sanktionen nennt. Schweden unterstützte neue Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter in über 20 Ländern. Schweden setzte sich in internationalen Foren für sexuelle und reproduktive Rechte ein, und die Investitionen in die Entwicklungshilfe zur Gleichstellung der Geschlechter wurden erhöht«, so fassen Vertreterinnen verschiedener feministisch-diplomatischer Organisationen positiv die schwedische FFP zusammen.¹

Der Anlass für diese Zusammenfassung ist allerdings, dass die bisherige »Erfolgsgeschichte« der FFP in Schweden einen Bruch erlebt: Mit den Reichstagswahlen 2022 wurde eine liberal-konservative Minderheitsregierung aus der Moderaten Sammlungspartei, den Christdemokraten und den Liberalen gebildet, die auf die Tolerierung durch die rechtsextremen Schwedendemokraten angewiesen ist. Die neue Regierung hat eine FFP aufgekündigt, da diese »nur ein Etikett« sei. Tatsächlich wird die Entscheidung ideologisch motiviert gewesen sein und sicherlich auch ein Eingeständnis gegenüber den Rechtsextremen im Reichstag.

Das macht einen insgesamt problematischen Aspekt deutlich: Die FFP erscheint insgesamt als äußerst fragil, da sie von Regierungsmehrheiten abhängig ist und, mehr noch: offensichtlich auch von Einzelpersonen. Bislang waren alle Ministerien, die sich einer FFP verschrieben haben, weiblich. Und dies weist auf einen weiteren problematischen Aspekt hin: »Feministisch« ist in der FFP, trotz aller Bekenntnisse zu »Diversität« und »Intersektionalität«, stark differenztheoretisch besetzt.

Und inhaltlich?

Als Kernwerte einer FFP definiert die »Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Deutschland« folgende fünf Punkte: »Intersektionalität in Analyse, Repräsentation und Entscheidungsfindung«, »einfühlsame Reflexivität bei der politischen Gestaltung und Umsetzung«, »substantielle Repräsentation« und Partizipation, »Rechenschaftspflicht« sowie ein

¹ <https://msmagazine.com/2023/01/19/sweden-feminist-foreign-policy/>

»aktives Friedensengagement« (Cheung u.a. 2022, S. 20ff.). Die FFP will oder soll demilitarisieren, Frieden gegenüber Sicherheit priorisieren, sie fordert Inklusion gegenüber Exklusion, Mediation gegenüber Sanktion, Solidarität gegenüber Konkurrenz und Kooperation gegenüber Herrschaft.

Thematisch soll die FFP u.a. in der Entwicklungspolitik angewendet werden – wo sie vermeintlich zuerst angewendet wurde (siehe kritisch Khaled-Ibrahim/Schaefer 2022). Kern ist hier, das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr als relevant für die Form der Entwicklungshilfe zu betrachten. Im Themenfeld Migration soll die Frage Sicherheit durch Humanität ersetzt werden. Weitere Felder sind Diplomatie, Entwicklungspolitik, Handel, Verteidigung, Außen- und Umwelt-/Klimapolitik.

Als Strategie dafür hat das schwedische Außenministerium erstmals die »3R« formuliert: Rechte, Repräsentation und Ressourcen: Gemeint sind erstens die Menschenrechte »aller Frauen und Mädchen« (Kristina Lunz im *Tagesspiegel*, 18. Februar 2022) »und anderen marginalisierten Personen« (Cheung u.a. 2022, S. 14), dabei ginge es um den proaktiven Schutz dieser Rechte sowie um die Schaffung von Gerechtigkeit. Zweitens geht es um die weibliche Beteiligung und Vertretung »in allen Entscheidungspositionen« (*Tagesspiegel*, 18. Februar 2022). Und drittens gibt »Feministische Außenpolitik [...] Geld dafür aus, solche strukturellen Ungleichheiten zu überwinden und militarisierte Machtverhältnisse zu verändern« (ebd.).

In einigen Fällen wird die »3R-Regel« variiert in ein »3R+D«, wobei D für Diversität steht. So hat zuerst Luxemburg seine FFP formuliert, auch Annalena Baerbock möchte das »D« in ihr Konzept integrieren.² Manchmal wird auch ein viertes »R« für Realität ergänzt. Das kann letztlich Verschiedenes bedeuten. Die SWP aktuell definiert das vierte R als »Kontextgebundenheit«. Kristina Lunz, Mitgründerin und Co-Geschäftsführerin des Centre for Feminist Foreign Policy, definiert es als Orientierung an »Empirie und Fakten« (*Tagesspiegel*, 18. Februar 2022). Sie bezieht sich auf eine Langzeitstudie der Politikwissenschaftlerin Valerie Hudson (Texas), die anhand von Daten aus 176 Staaten aufweist, dass Kontrolle über Frauen und Frauenkörper Hierarchien und Gewalt schafft. Geschlechtergerechte Regime würden weniger Kriege führen, Friedensverhandlungen mit weiblicher Beteiligung seien nachhaltiger. Frauen im Parlament führen zu höherer Achtung der Menschenrechte, Frauen in der (Agrar-)Ökonomie führen zu weniger Hunger und Armut, Frauen in Friedensprozessen führen zu einer höheren Nachhaltigkeit von Friedensverträgen, so die Vertreter:innen der FFP. Das erklärt allerdings letztlich nur, dass Krieg und Frieden gegenderte Phänomene sind. Was fehlt, ist eine kausale Erklärung für diese globale Phänomene jenseits sozialgeschlechtlicher Zuschreibungen.

Utopie

Diplomatie und Außenpolitik sind nicht gerade die Kernthemen sozialer Bewegungen von unten. Kristina Lunz betont deswegen ausdrücklich, dass es ihr um ein Zusammenwirken von Diplomatie und Aktivismus geht (Lunz 2022, S. 36). Die in ihrem Buch »Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch« porträtierten Akteurinnen benennen als Einflüsse z.B. Angela Davis, Arundhati Roy, Silvia Federici oder auch Pussy Riot – sozialrevolutionäre, antistaatliche und antikapitalistische Denkerinnen also. Und tatsächlich betont Lunz eine Opposition gegen »Patriarchat, Kolonialisierung, Heteronormativität, Kapitalismus, Rassismus, Imperialismus und Militarismus« (*Tagesspiegel*, 18. Februar 2022) – eine Aufzählung, die auch von jeder beliebigen linksradikalen Gruppe stammen könnte.

»Wieviel Substanz steckt hinter der Rhetorik eines transformativen Strukturwandels? Worin besteht das emanzipatorische Moment?« fragt die Stiftung für Wissenschaft und Politik (*SWP aktuell* 50, S. 4) entsprechend auf den Punkt. Die Stiftung selber geht dabei auf's Ganze: Die FFP sei »nicht einfach reformistisch innerhalb vorhandener Strukturen [...], sondern vielmehr strukturell disruptiv und transformativ« (ebd., S. 3).

Tatsächlich hat die FFP durchaus dieses Potential, wenn sie in der Praxis so angewendet wird (würde), wie sie theoretisch ausformuliert ist. Ein konkretes Beispiel: »Das 2022 beschlossene Sondervermögen von 100 Milliarden Euro allein für die Bundeswehr [...] ist in

² <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/feministische-aussenpolitik/2551358>

dieser Form mit den Abrüstungs- und Sicherheitsgrundsätzen von feministischer Außenpolitik nicht vereinbar« steht in dem von 18 NGOs formulierten Papier »Annäherung an eine feministische Außenpolitik Deutschlands« (S. 11), das als strategische Gegenposition zu dem Papier der DPAG betrachtet werden kann. Das hieße: Scholz' Aufrüstungsprogramm ist, da die FFP im Koalitionspapier festgelegt ist, ein glatter Koalitionsbruch.

Im Wesentlichen erscheinen mir drei Aspekte bedeutsam für transformatorische Perspektiven:

1. Die FFP orientiert sich an einem positiven Friedensbegriff, in dem Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg bedeutet, sondern – dem Anspruch nach – Menschenrechte fördert, soziale Gerechtigkeit herstellt und die Umwelt erhält. Im Mittelpunkt stünden »vulnerable Personen und ihre Rechte« und nicht mehr der Schutz des Staates (DGAP *Policy Brief* 24/2022, S. 5). Negativ beschrieben heißt das aber auch eine starke, oft liberal geprägte, Orientierung auf das Individuum, die wiederum eine einseitige, schon seit Jahrzehnten in der feministischen Friedens- und Konfliktforschung (etwa von Ingeborg Bachmann, Christina Thürmer-Rohr, Cynthia Enloe) kritisierte Berufung auf einen Opferstatus impliziert.

2. Daraus folgt zum einen ein Politikbegriff, der eigentlich über den Begriff der »Außenpolitik« hinausgehen müsste: »Demnach kann eine Feministische Außenpolitik niemals existieren, denn nachdem sie ihren Zweck der Transformation erfüllt hat, ist die Idee des Nationalstaats und damit sie selbst als Feministische Außenpolitik obsolet«, fasst Kristina Lunz die Position der Politikwissenschaftlerin Toni Haastrup zusammen (Lunz 2022: S. 56). Dagegen müsste aus der Außenpolitik eine transversale Politik werden, wie sie Nira Yuval-Davis bereits 1997 in ihrem Klassiker »Gender and Nation« (Emmendingen 2001) vorgeschlagen hat. Der Feminismus könnte damit auch in anderer Beziehung zur Besinnung kommen, wenn »das Andere und das Verschiedene nicht zurückgeführt werden auf das Identische und das Gleichartige, aber auch nicht als Alterität ausgegrenzt werden« (Mae 2004: S. 624), sondern »die verschiedenen Formen von einschließender und ausschließender Identitätspolitik dekonstruiert« und überwindet (ebd.). In dieser vorweggenommenen Nicht-Existenz einer FFP liegt allerdings gerade auch die Gefahr, sie zu verwässern.

3. Dennoch, und das scheint mir entscheidend: Über ein Dutzend nicht gerade unbedeutender Staaten brechen hier mit dem traditionellen Bild der Internationalen Beziehungen (IB), dem (extrem männlich resp. patriarchal strukturierten) Realismus. Es hilft Menschen in Konfliktgebieten nur wenig, aber wenn sich hier ein Paradigmenwechsel der IB andeutet, wäre das tatsächlich ein großer Schritt zu einer tiefgreifenden Veränderung im internationalen System. Teilweise scheinen hier Realismus und Idealismus allerdings ihre Rollen vertauscht zu haben. Am Ukraine-Krieg wird dies besonders deutlich: Es sind nicht nur vor allem »alte weiße Männer« aus der Friedensbewegung der 1980er Jahre, die mit Verweis auf reale Machtkonstellationen und atomare Bedrohung auf Friedensverhandlungen mit Putin drängen. Es sind auch »idealistische« – oder in diesem Fall tatsächlich liberale – junge Frauen (wie eben Anna-Lena Baerbock), die, ethisch begründet, die »kriegerische« Gegenposition einnehmen. »Moralismus und Unbedingtheit«, so Sebastian Friedrich kürzlich im *Freitag* (5/2023), »sind das Gegenteil eines geopolitischen Realismus und prägen dennoch die kriegerische Realität [...]«.

FFP im Praxistest

Wie steht es nun, angesichts der aktuellen Weltverhältnisse, um eine praktische Umsetzung bzw. was bedeutet diese überhaupt?

Nur zwei kleine Beispiele dazu: *Telepolis* berichtet am 28. November 2022 über die Kehrtwende des Auswärtigen Amtes in der Haltung zur Besetzung der Westsahara durch Marokko.³ Während die Regierung Merkel noch mit Bezug auf die entsprechende UN-Resolution auf die »Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte« beharrte und dabei auch den diplomatischen Konflikt mit dem marokkanischen Königreich nicht scheute, sieht Anna-Lena Baerbock »nur in Nuancen« Differenzen zwischen einer deutschen und einer marokkanischen Position zum Konflikt und unterstützt einseitig den von Marokko vorgelegten »Autono-

³ <https://www.telepolis.de/features/Westsahara-Neokoloniale-Wende-in-der-deutschen-Aussenpolitik-7357844.html?seite=all>

mie-Plan« für die Westsahara. Das Vorgehen steht in diametralem Widerspruch zu der Position der Bundesregierung zur Ukraine. Telepolis-Autor Ralf Streck sieht dies in den Phosphatvorkommen in Marokko begründet, offenbar geht es um energiepolitische Zusammenarbeit und insbesondere um die Lieferung von »grünem Wasserstoff für die Energiewende«.

Das zweite kontroverse Beispiel ist Namibia: »Die aktuellen Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia sind ein gutes Beispiel dafür, die möglichen Vorteile einer feministischen Praxis in der Diplomatie aufzuzeigen. Nach mehr als einem Jahrhundert des Schweigens hat die deutsche Regierung 2015 offiziell den Völkermord an den Herero und Nama durch die deutschen Kolonialherren im frühen 20. Jahrhundert anerkannt und im Sommer 2021 erstmals eine offizielle Entschuldigung veröffentlicht«, betont die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Deutschland (Cheung u.a. 2022, S. 11). Ganz anders klingt das aus dem Munde von Aktivist:innen der Herero und Nama: Die Ovaherero Traditional Authority, Nama Traditional Leaders Association und das Landless People Movement klagen gegen die »Gemeinsame Erklärung zwischen Deutschland und Namibia«. Die traditionellen Vereinigungen der Nama und Herero sollten nur beratend an den Vorbereitungen dieser Erklärung teilnehmen. Eine Folge: »Gender-Fragen würden in der Gemeinsamen Erklärung nicht angesprochen«, erläutert *ak*-Autorin Ulrike Wagener die Position der Herero Sima Luipert (*analyse und kritik* 688, Dezember 2023).

Gerade angesichts aktueller Geschehnisse – namentlich des Putinschen Kriegs gegen die Ukraine, dem Aufstand im Iran und den Bombenangriffen Erdogans auf Rojava – wird von linker und feministischer Seite aktuell häufig entweder auf eine FFP rekurriert, in dem Sinne, dass diese doch nun endlich mal konsequent umzusetzen sei; oder aber sie wird kritisiert als nicht ausreichend bzw. reine Phraseologie (wir erinnern uns an die offizielle schwedische Begründung für den Ausstieg aus dem Konzept). Müsste eine konsequente FFP sich nicht auf die revolutionären Frauengesetze der Zapatist@s in Mexiko berufen und auf die kurdische Jineologie? Tut sie das nicht, so muss sie sich den bereits gefallen Vorwurf gefallen lassen, lediglich ein »strategisches Narrativ« aus dem reichen Norden zu sein, ein »feministischer Imperialismus« (*SWP aktuell*, S. 7). Müsste sie nicht radikal Partei ergreifen für die iranischen Frauen, gegen die AKP, es – wie Schweden – auf einen diplomatischen Bruch mit Saudi-Arabien bzgl. des Jemen-Kriegs ankommen lassen und natürlich auch gegen Putin ein konfrontatives Vorgehen favorisieren? Im letzten Fall erscheint das sogar relativ unstrittig, denn genau das macht die deutsche Außenministerin, und zwar so nachdrücklich, dass AfD und DKP unisono den Rücktritt der »Kriegstreiberin« fordern.

»Dass Putin [...] trans- und homophobe Gründe anführt, um den Angriff auf die Ukraine zu rechtfertigen, bedeutet eine völlig neue Dimension«, resümiert Isabell Lorey (2022). War in den frühen 2000ern das Geschlechterverhältnis noch Vorwand, so sind die Geschlechterverhältnisse in Zeiten der FFP tatsächlich auch potentieller Kriegsgrund.

Sehr konkret wird in diesem Sinne das bereits zitierte »E-Paper«: »Zu einer feministischen Migrationspolitik gehört auch das Ende der finanziellen Unterstützung von Staaten, die Menschenrechtsverletzungen bei der Migrationsabwehr oder bei der Rückführung etwa aus Seenot geretteter Menschen begehen sowie die – oft damit einhergehende – Praxis der Rückführungen von Menschen in Länder, die keine sicheren Orte für Geflüchtete oder Migrant:innen darstellen«. Noch konkreter fordert das Papier im Folgenden die Abschaffung des Dubliner Abkommens und des EU-Türkei-Abkommens (E-Paper Annäherung 2022, S. 19).

Kritik und Ausblick

Egal, wie man die FFP nun konkret beurteilt, zwei Aspekte sind bemerkenswert: Zum einen scheinen ganz offensichtlich die für die Internationalen Beziehungen relevanten Schulen »Realismus« und »Idealismus« die Rollen getauscht zu haben: Der »Realismus« schätzt die Eskalationsgefahren hoch ein und plädiert – dabei sich dessen bewusst, dass er höchstens einen negativen Frieden ausschlagen kann – für Verhandlungen mit dem antifeministischen Gegner Putin. Der »Idealismus« dagegen muss, um seinem Anspruch des positiven Friedens (auch und gerade im Sinne des Feminismus) gerecht zu werden, risiko- und konfliktbereit sein, tendiert also im Namen seines hehren Ziels durchaus zu den nicht-pazifistischen Lösun-

gen. Das ist tatsächlich ein krasser Bruch in den Internationalen Beziehungen und markiert den wesentlichen Unterschied zu der eingangs beschriebenen Situation: Im »War against Terror« und im Dritten Golfkrieg war der Feminismus in der Tat nur »embedded«, also letztlich Vorwand, nunmehr kann er tatsächlich, in einer Moralisierung der Internationalen Politik und der Politik im Allgemeinen, Kriegs-Begründung (im doppelten Wortsinne) sein.

Zum zweiten weist das auf einen wesentlichen Hinkefuß in der FFP hin: Empirie hin oder her, es kann nicht angehen, eine feministische Außenpolitik mit einer ziemlich altbackenen »weiblichen Friedfertigkeit« gleichzusetzen. Sprich: Es ist, wiederum jenseits der konkreten Beurteilung, nicht opportun, »feministische Außenpolitik« mit Pazifismus und Abrüstung gleichzusetzen. Das verhöhnt nahezu den feministischen und queeren Widerstand in der Ukraine und in Russland⁴ ebenso wie die Truppen der YPG bei der Verteidigung des Humanismus vor dem IS (und vor der AKP). Die praktischen Anforderungen, die die FFP stellt – Abrüstung, Entmilitarisierung – stehen einem »humanitären Interventionismus« (Noam Chomsky) gegenüber, der bereits in Afghanistan als Legitimierung angeführt wurde, der aber aktuell – exemplarisch – für die Ukraine an Bedeutung gewinnt und theoretisch etwa für den Jemen, den Iran und auch für Rojava Bedeutung haben müsste. Kurz: Die FFP kann sowohl deeskalativ als auch durchaus eskalativ, und dann auch militärisch eskalativ, aufgefasst werden – und sie muss es, um ernstgenommen zu werden, einerseits auch, während dies andererseits bedeutet, dass sich letztlich an der Gewaltförmigkeit der IB nichts ändert.

Auch wenn die Rhetorik von »Diversität« und »Intersektionalität« in der Theorie etwas anderes vermuten lässt, so ist die FFP – zumindest im deutschen, als »pragmatisch« geltenden Modell – orientiert an differenzfeministisch und quasinatürlich definierten Eigenschaften von Frauen und ihre Argumentationen sind stark systemstabilisierend: Die Frauen retten den Kapitalismus und den Staat: »gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am weltweiten Arbeitsmarkt innerhalb von zehn Jahren [könnte] das globale Bruttoinlandsprodukt um 26 Prozent steigern [...] es ist volkswirtschaftlicher Irrsinn, keine feministische Außenpolitik zu verfolgen«, so Annalena Baerbock bei der Konferenz »Shaping Feminist Foreign Policy« am 12. September 2022.⁵

Die Verfechter:innen einer FFP aus dem institutionalisierten Feminismus sind da allerdings oftmals bereits einen Schritt weiter: Kristina Lunz kritisiert den »Fokus auf Mädchen und Frauen innerhalb des bestehenden Systems statt der systematischen Infragestellung von patriarchalen Strukturen und Machtverteilung« (*Tagesspiegel*, 18. Februar 2022) ebenso wie die Tatsache, dass territoriale Integrität und Staatssouveränität weiterhin im Mittelpunkt der Außenpolitik stehen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Lunz in ihrem Buch zum Thema stark differenzfeministisch argumentiert: Männer sind der kriegerischen Sphäre und der Theorie des Realismus zugeordnet, Frauen der friedlichen Sphäre und dem Idealismus, für den sie offenbar – und das ist paradigmatisch – den Begriff »Liberalismus« bevorzugt.

Wenn sich Regierungen auf den Feminismus berufen, kann das als Zeichen eines emanzipatorischen Fortschritts gedeutet werden, aber auch als Vereinnahmung. Toni Hastrup etwa warnt davor, dass »eine feministische außenpolitische Wende als Feigenblatt dienen« könnte (*WeltTrends* 176/2021, S. 57). In diesem Sinne ist aus dem Auswärtigen Amt letztlich nur eine Erweiterung des »Staatsfeminismus« (Andrea Truman) zu erwarten. Aber: »Feministische Außenpolitik stammt aus keinem Ministerium. Sondern sie ist getragen von Aktivist:innen«, so Kristina Lunz (2022, S. 121).

* *Der Beitrag entstand aus Diskussionen im Seminar »Geschlechterverhältnisse in Krieg und Konflikt« an der Hochschule Darmstadt im Wintersemester 2022/23.*

⁴ Siehe die sehenswerten arte-Dokumentationen: <https://www.arte.tv/de/videos/109034-009-A/tracks-east/> und <https://www.arte.tv/de/videos/109868-000-A/russland-frauen-gegen-den-krieg/>

⁵ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/feministische-aussenpolitik/2551358w>

Literatur:

Torsten Bewernitz, Andrea Nachtigall: Von ›FrauenundKindern‹ zu ›Embedded Feminism‹. Frauen(rechte) als Legitimation für militärische Intervention in den Medien – Variationen einer Legitimationsfigur zwischen Kosovo-, Afghanistan- und Irakkrieg. In: Engels, Bettina und Corinna Gayer (Hrsg.) 2011: Geschlechterverhältnisse, Frieden und Konflikt. Feministische Denkanstöße für die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 2011. S. 27 – 44.

Jessica Cheung u.a.: Feministische Außenpolitik: ein Leitfaden zur praktischen Umsetzung. Online: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/221029_wilpf_feministische_aussenpolitik_de.pdf.

Serafine Dinkel, Dana Schirwon und Leonie Stamm: Deutschlands nationale Sicherheitsstrategie. Feministische Außenpolitik. DGAP Policy Brief Nr. 24, August 2022.

Toni Haastrup: Blinde Flecken in der feministischen Außenpolitik aufdecken. In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal 176, Juni 2021. S. 53 – 57.

Heinrich Böll Stiftung u.a. (Hg.): E-Paper Annäherung an eine feministische Außenpolitik Deutschlands. Juli 2022. Online: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-07/41_0.pdf.

Radwa Khaled-Ibrahim, Caroline Schaefer: Mut zur Komplexität. Von der (Un-)Möglichkeit einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit. Online: <https://www.medico.de/blog/mut-zur-komplexitaet-18908>

Kristina Lunz: Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch. Wie globale Krisen gelöst werden müssen. Berlin 2022.

Mae, Michiko: Nation, Kultur und Gender. In: Ruth Becker und Beate Kortenbdiel (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden 2004. S. 620 – 625.

Nira Yuva-Davis: Geschlecht und Nation. Emmendingen 2001.

Claudia Zilla: Feministische Außenpolitik. Konzepte, Kernelemente und Kontroversen. SWP aktuell Nr. 50, August 2022.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12